



Links.Blick

2. Ausgabe / Mai 2018

DIE LINKE Zeitung aus Cottbus

Chance vertan - „Blechen Carré II“ kommt

Nach jahrelangem Streit geht der Erweiterungsbau des Einkaufszentrums voran – ein Konsumtempel, den Cottbus nicht braucht.

Die große Lücke in der Innenstadt ist jedem Cottbuser ein Begriff, den meisten vermutlich auch ein Ärgernis. Bereits seit vielen Jahren wird über einen Erweiterungs- oder Ergänzungsbau des „Blechen Carré“ diskutiert.

Der Anspruch der Stadt Cottbus, dass sich ein Neubau an dieser prädestinierten Stelle optisch in das Umfeld der Innenstadt einfügt, ist richtig. Investoren haben da häufig andere Prioritäten. Eigentümerwechsel und der Rückzug eines Investors trugen ihr übriges zu den Verzögerungen bei.

Schon zur Kommunalwahl 2014 trat DIE LINKE unter anderem mit der Forderung an, den zweiten Bauabschnitt nicht zu realisieren. „Der Bedarf ist einfach nicht vorhanden“, so André Kaun, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtparlament. Im bundesweiten Durchschnitt kommen auf einen Einwohner 1,50 qm Einzelhandelsverkaufsfläche, in Brandenburg sind es 1,75 qm. Cottbus weist aktuell allerdings überdurchschnittliche

2,44 qm je Einwohner auf. „Cottbus als Oberzentrum hat natürlich eine Versorgungsfunktion für das Umland, aber diese hohe Abweichung lässt sich damit kaum erklären“, so Kaun weiter. „Das Kaufkraftniveau der Stadt liegt bei 93% des Bundesdurchschnitts. Für eine nicht ganz durchschnittliche Nachfrage halten wir also eine deutlich



überdurchschnittliche Fläche vor. Der Bau von weiteren rund 6.000 qm ist schlicht nicht notwendig.“

In den vergangenen Wochen verdichteten sich die Hinweise, dass der Erwei-

terungsbau nun näherkommt: Der Baubeginn der sogenannten Flaniermeile im Umfeld wurde angekündigt und die GWC hat den Durchgang von der Stadtpromenade zur August-Bebel-Straße erweitert. Am 25. April wurde durch den Oberbürgermeister, Holger Kelch, nun schließlich bekanntgegeben, dass die Baugenehmigung für das Vorhaben erteilt wurde.

Ein langer Werdegang für ein Projekt, das Cottbus nicht braucht. Beispielsweise berät die städtische Politik regelmäßig über die Mehrbedarfe an Kita- und Grundschulplätzen. Dazu André Kaun: „So erfreulich es ist, wenn die unansehnliche

Lücke im Herzen der Stadt nun verschwindet – es hätte sinnvollere Verwendungsmöglichkeiten für das Grundstück gegeben.“

Christopher Neumann

Sicherheit in Cottbus:

LINKE setzt sich mit Forderung nach einer „City-Wache“ in der Cottbuser Innenstadt durch. Stadt und Land sollen gemeinsam einen Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger einrichten. **Seite 3**

Dialog in Cottbus:

In Cottbus beginnt ein Dialog mit allen Bürgern rund um die aktuellen Herausforderungen unserer Stadt. Startpunkt setzte eine Sondertagung der Stadtverordnetenversammlung. **Seite 5**

Straßenbahn in Cottbus:

Die Cottbuser Straßenbahnen werden erneuert. Der Beschluss dazu geht auf eine Initiative der LINKEN zurück. Ab 2020 sollen die ersten neuen Bahnen fahren. **Seite 7**

In eigener Sache:

In den vergangenen Monaten war in der öffentlichen Debatte in Cottbus ein Thema gefühlt omnipräsent: Die Situation rund um Geflüchtete und zugewanderte Menschen in unserer Stadt.

Neben nachvollziehbaren Fragen und Sorgen vieler Bürger, wird von rechts-extremen Gruppen und Parteien versucht, mit Fake-News und Provokationen die Stimmung anzuheizen.

Deshalb möchten wir in dieser Ausgabe des „Links.Blick“ Fakten präsentieren, konkrete Probleme lösungsorientiert aufrufen und Menschen zu Wort kommen lassen, die selbst unmittelbare Erfahrung mit Zugewanderten gemacht haben.

Selbstverständlich finden Sie aber auch andere aktuelle Themen in dieser Ausgabe. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Ihre Rückmeldungen.

Mensch

Mensch-Sein ist
Bewegung
Bewegung im Kopf
Bewegung im Leben
Bewegung in der Welt
Gestern.Heute.Morgen.

E.R. Juli 2017

Wenn der Saustall einfällt ist's zu spät“ – Terra In Cognita in Cottbus

Ein Kommentar von Michael Becker

Die Deutsche Post macht sich unappetitlich durch „Wahlhilfe“ für CDU und FDP – peinlich. Facebook manipuliert die Präsidentschaftswahl der Amis. Spiderangriffe der Russen sollten es gewesen sein. So what! – Wahlbeteiligung und Wahlergebnis bei den Russen werden trotz internationaler Wahlbeobachtung in Frage gestellt und derangiert – Wieso? Neidisch? Die vorgeschobene Giftgasproduktion im Irak war der Auslöser für Krieg – Vergessen? Die Vergiftungsnummer in England – Vermutungen führten zu Schulterschluss halb Europas – geht's noch?

Die NATO steht bei den Russen anteportas. Die Aggressivität der Russen wird beklagt! – Wer soll das noch ertragen? Der Russe wird durch die Amis beim Rüstungsetat weit in den Schatten gestellt – der Russe bedroht den Weltfrieden, für wie bekloppt hält man uns? Haben die Menschen auf der Krim abgestimmt oder nicht? Wer zwang sie? Wie viel beschissener geht's den Ukrainern heute? Ihre Lage hat sich nach der Loslösung von den Russen rapide verschlechtert.

Geldsegen aus Europa oder von den Amis? Pustekuchen. Der Maidan demonstriert wieder. Die von uns hof-



fierte blondbezopte Timoschenko und Genossen haben ihre Kleie drin. Das Volk guckt in die Röhre. Der Russe hat Napoleon, Herrn Kaiser und Herrn Hitler verdroschen. Er war bei den Hauptbadekuren des Kapitals nie Aggressor, immer Verteidiger – Vergessen?

Wer, wenn nicht der Russe, darf misstrauisch sein, auf der Hut, aus bitterer Erfahrung? Dämmert's? Gleichgeschaltete Medien betreiben Volksverhetzung. Eine anti-russische Kampagne jagt die andere. Es wird gelogen, vermutet, und diffamiert,

dass die Schwarte kracht, ununterbrochen, die Kirche immer munter dabei. Und parallel zu all dem Zirkus immer noch Vasallentreue zu Amerika, dem großen Garant für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt, mit diesem Trump an der Tete - Unfassbar! Unwürdig! Will man um jeden Preis Krieg?

Hat man gar nichts gelernt? Die Geschichte lehrt doch dauernd, aber sie findet keine Schüler, sagt Ingeborg Bachmann. Das ist doch alles unerträglich! Wir haben Ostern 2018! Frieden auf Erden und Versöhnung. Oder was? – Das Jesulein am Kreuze würde kotzen. Umsonst gegangen.

Halleluja!



Keine Sicherheit mehr?

Die Welt ist in Bewegung geraten. Seit Jahrhunderten wächst für viele Europäer der Wohlstand auf Kosten der sogenannten dritten Welt. Schon vor 30 oder 40 Jahren warnten Wirtschaftswissenschaftler: Wenn wir unsere Politik gegenüber den Entwicklungsländern nicht ändern, werden die Menschen eines Tages vor unserer Tür stehen. Dazu die Kriege in Nordafrika und Nahost. Fiktive Filme wurden gedreht.

Jetzt ist genau das Wirklichkeit. Sie haben die Tür aufgestoßen, sind bis zu uns gekommen. Wohl keiner der Migranten, die wir jetzt auf unseren Straßen sehen, hat seine Heimat verlassen, weil sie oder er mal gerade Langeweile hatten. Familien aus Städten, die bombardiert werden. Junge Männer, die in Kämp-

fen ihr Leben riskieren sollten oder zum Mörder werden, ohne zu wissen wofür. Menschen, die in ihrem Land keine Zukunft mehr sehen. Bei gründlicher Überlegung: wer von uns

würde nicht ähnlich handeln? Wer garantiert, dass nicht auch wir wieder in eine vergleichbare Situation kommen?

Jetzt sind diese Menschen hier. Die übergroße Mehrheit von ihnen müht sich, möglichst schnell mit den neuen Verhältnissen klar zu kommen. Sie müssen leider auch mancher bösen Bemerkung still ausweichen. Natürlich gibt es unter den Neubürgern



auch einige, die unangepasst, ja kriminell sind. Da muss der Staat reagieren und er tut es. Genauso wichtig ist es, die Rahmenbedingungen für eine schrittweise Integration zu schaffen.

Das ist immer eine Sache von beiden Seiten.

Einzelne Vorfälle von Kriminalität und Gewalt in Cottbus haben in den vergangenen Monaten die öffentliche Debatte in der Stadt bestimmt. Die infolgedessen geschlossene Sicherheitspartnerschaft mit der Landesregierung hat unter anderem dafür gesorgt, dass es regelmäßig gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt in der Innenstadt gibt.

Dieser Ansatz sollte verstetigt werden. Deshalb hat die Linksfraktion in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung im April beantragt, die Einrichtung einer gemeinsamen City-Wache zu prüfen. Die Stadtverwaltung ist nun aufgerufen, mit der Landesregierung eine solche gemeinsam besetzte Anlaufstelle zu schaffen. Diese kann einen Beitrag zum Sicherheitsgefühl aller Menschen leisten, die in unserer Stadt leben.

André Kaun

Was tun? Was tun!

Cottbus ist wieder Großstadt. Oberbürgermeister Holger Kelch hat in der Zeit seines mehr oder weniger heroischen Kampfes gegen die gescheiterte Kreisgebietsreform immer gerne auf die wachsende Stadt verwiesen. Jetzt redet er nicht mehr so oft davon.

Tatsache – rund 3.500 Migranten haben Cottbus über die 100.000er Schwelle gehoben. Das bringt finanzielle Vorteile bei der Zuweisung von Geldern aus dem Land. Aber es schafft natürlich auch Aufgaben. Da hilft kein Jammern. In der Stadt-

verwaltung wird an Lösungen gearbeitet. Vereine, Verbände, soziale Einrichtungen, Kirchen und auch vielfältiges Ehrenamt leistet tagtägliche Kleinarbeit. Ein gutes Integrationskonzept ist entstanden und durch die Stadtverordnetenversammlung in Kraft gesetzt.

Etwa 600 Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren konnten in der letzten Bedarfsplanung für Kita-Plätze nicht beachtet werden. Diese Größenordnung konnte niemand voraussehen. Wenn diese Kinder nach und nach ohne Vorbereitung in die Schule kom-

men, beherrschen sie unsere Sprache nicht. Die Anzahl der Schulplätze ist so ebenfalls nicht geplant worden. Wenn wir Parallelgesellschaften wie in einigen großen Städten der alten Bundesländer vermeiden wollen, muss hier etwas geschehen.

Kitas und Schulen bauen braucht Zeit und Geld. Sicher, auch die Landesregierung trägt Verantwortung. Aber geschehen muss es hier.

Eberhard Richter

Neujahr im März?

Wir waren Ende März zu einer Neujahrsfeier eingeladen. Eine Lehrerin aus Afghanistan, die in einem Alphabetisierungsprojekt mitarbeiten wird, war die Gastgeberin. In der „Haltestelle“ am Marienplatz gab es das Fest nach ihrem Kalender – eine „Mitbringparty“.

Mein Mann und ich waren die einzigen Deutschen. Ehrlich – ein bisschen Herzklopfen hatte ich schon. Unbekanntes macht ängstlich. Mindestens 50 Frauen, manche mit Kopftuch, manche ganz „europäisch“ saßen ordentlich an der Tafel und unterhielten sich leise. Kinder verschiedenen Alters spielten und hopsten herum.

Ganz kleine manchmal auch auf dem Tisch. Wir saßen bei den Frauen, mein Mann war sozusagen eine Ausnahme. Denn, ausschließlich die Männer bereiteten in der Küche alles vor und bauten die Speisen auf einem großen Tisch auf. Fleischgerichte, Salate, Reis in allen möglichen Varianten, Fladenbrot und alles mit tollen Gewürzen. Natürlich auch Obst und Gebäck. Als Getränke Mineralwasser, Saft und Cola. Kein Alkohol.

Wir eröffneten als „Ehregäste“ das Buffett. Es schmeckte toll. Soweit es räumlich möglich war, unterhielten wir uns mit den neben uns sitzenden Frauen. Manche sprachen sehr gut

Deutsch, alle waren begierig darauf, mit uns zu reden. Eine entspannte Runde. Die afghanischen Männer waren in einem Nebenraum unter sich. Einige junge Männer tanzten allein. Grazil und mit Spannkraft zugleich. Ungewöhnlich für uns.

Die Frauen klärten uns auf: mit Unverheirateten darf keine Frau tanzen. Eine andere Kultur mit anderen Gewohnheiten und Normen. Spannend. Als wir wieder zu Hause waren, haben wir noch lange über die Eindrücke geredet.

Brita Richter

Der andere Blick

Ein Kommentar von Eberhard Richter:



Ich stelle mir einen Augenblick lang vor, wie es wäre, wenn unsere Stadt oder Region nur von sich selbst leben würde oder müsste. Wie vor eintausend Jahren. Es gäbe zu essen, was Wald und Flur hergeben. Unsere Kleidung aus Wolle, Leinen und Leder. Häuser aus Holz, Lehm und vielleicht Ziegeln. Am Abend ein selbstgeträllertes Lied und „Urlaub“ bei der Oma, drei Dörfer weiter.

Genug gesponnen. Natürlich ist unsere Welt eine andere geworden und nicht erst seit 1989. Jetzt verändert sich unser Leben wieder. Menschen

kommen zu uns, Träger anderer Sitten und Gebräuche, Träger anderer Kulturen. Nicht immer einfach zu verstehen und auch nicht immer so, dass ich dem folgen möchte. Muss ich auch nicht. Religionsfreiheit ist für mich als Freidenker z.B. ein hoher Wert. So wie ich kein Christ mehr bin, werde ich auch sicher kein Moslem.

Da ist mir der Alte Fritz schon sympathisch: „Ein jeder möge nach seiner Façon selig werden.“ Aber die Küche, die diese Menschen mitbringen, finde ich spannend. Probiere eben gern.

Da es jetzt auch Läden gibt, die Zuwanderer eingerichtet haben, kann ich sogar die Zutaten kaufen. Wenn es mir möglich ist, möchte ich die Haltung einiger dieser neuen männlichen Mitbürger zu den Frauen ändern helfen. Was Gleichberechtigung heißt, hat mir schon meine Mutter beigebracht.

Gut so. Im Sommer fahren meine Frau und ich übrigens wieder nach Italien.

Was ist Integration?

Das Wort „Integration“ ist immer wieder zu hören und zu lesen – besonders jetzt, wo es um zugewanderte Menschen geht. Die, die es positiv sehen, genauso, wie die, die damit nichts am Hut haben, diskutieren. Was wird aber darunter verstanden? Unser Vorschlag: Frau oder Mann, die in einem anderen Land, einem anderen Kulturkreis auf Dauer oder zeitweilig leben wollen, haben:

1. Die Gesetze und alle anderen rechtlichen Vorschriften zu akzeptieren und sich daran zu halten. (Dazu muss man sie kennen. Das liegt in persönlicher Verantwortung. Unterstützung ist geboten.)
2. Die Landessprache nach und nach, so gut wie möglich, zu erlernen.
3. Möglichst bald für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. und
4. kann dann auch eine zunehmende Teilhabe am öffentlichen Leben geschehen.

Diese Chancen müssen wir ihnen einräumen. Von Mensch zu Mensch. Wie sehen Sie das? Diskutieren Sie mit uns.

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften.

Format mit Potenzial - die erste Einladung zum Dialog ins Stadthaus

Ein ganz persönlicher Blick

21. April 2018, 10 Uhr. Ein schöner, sonniger Samstag zum Einkaufen, Rasen mähen, Ausflüge machen – doch ich bin gern der ersten Einladung zum offenen Dialog mit der Stadtspitze gefolgt. Viel zu lang warte ich schon. Beunruhigt seit den ersten „Zukunft Heimat“-Demos im Januar und der aufgeheizten Stimmung in der Stadt, wünsche ich mir aus dem Rathaus ein Signal, eine Positionierung, eine „Brückenbauaktion“ zu den Bürger*innen. Jetzt ist es soweit. Das Motto: Cottbuser reden über Cottbuser Probleme.

Prompt beschwert sich vor der Tür ein kleines Häufchen „Zukunft Heimat“-Getreue. Ein Teil kann nicht rein, da in ihren Ausweisen nun einmal keine hiesige Adresse steht, die Anderen gehen gleich wieder, weil sie nicht sofort das Wort haben. Richtig so! Und überhaupt: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! Erst eine halbe Stunde der OB, dann je 10 Minuten ein Beitrag der Fraktionen. Auch die NPD meldete einen Redebeitrag an und bekam fünf Minuten. Der Vertreter nutzt diese dann, um in dem Rahmen über die von seinen Anhängern gewünschte Entwicklung „abschiebefähiger Parallelgesellschaften“, also im Klartext von Lagern für Flüchtlinge, zu sprechen. Manchmal tut Demokratie auch weh!

Insgesamt war bei den Redner*innen der Wunsch nach friedlichem Miteinander Konsens, mit Ausnahme der AfD- und NPD-Beiträge. Thema waren die Integration selbst, mangelhafte Unterstützung durch Bund und Land, aber auch Erfolge und Chancen mit und durch die neuen Mitbewohner*innen. Unverständnis meinerseits, dass die zurückgenom-

mene Entscheidung nach dem Urteil in der Messerattacke, den Jungen der Stadt zu verweisen, beim OB für „Bauchschmerzen“ gesorgt hat. Sind solche wichtigen Entscheidungen nicht abgestimmt?

An mir vorbeigegangen ist wohl ebenfalls, dass bereits im Februar ein Antrag der Linken und der SPD zu eben einer solchen Veranstaltung von Holger Kelch abgelehnt wurde. Schade eigentlich! Den vom OB vorgeschlagenen Plan, in den Stadtteilen den Dialog fortzusetzen, halte ich dagegen für absolut richtig und begrü-

rung vom Alkoholproblem durch das Verbot in der Innenstadt an andere Standorte.

Der OB beantwortete souverän Fragen, u.a. nach konkreten Flüchtlingszahlen in den Stadtteilen, Reinhard Drogl, Leiter der Versammlung, schrieb zu Recherchierendes auf und auch der durch einen Bürger angesprochene GWC-Chef Kunze verabredete sich gleich zu einem bilateralen Gespräch.

Das hat mir gefallen, denn so stelle ich mir den Umgang mit den Bürger*innen vor – auf Augenhöhe.

Natürlich kann in so einer Runde nicht jedes Problem geklärt werden. Doch es ist ein Anfang, Zuhören der Schlüssel für eine erfolgreiche Kommunikation und Grundlage, um zu verstehen, was andere bewegt – auch ein Volk.

Dann können wir in dieser Stadt miteinander ins Gespräch kommen, auch wenn der AfD-Mann Simonek dachte, eben „das

Volk“ wäre bei der Veranstaltung unterrepräsentiert und die Mehrzahl der Anwesenden würde beruflich oder anderweitig von den Flüchtlingen profitieren. Hallo!? Und klares Nein! Viele der Anwesenden verdienen ihr Geld mit anderen Tätigkeiten oder sind Rentner*innen, eingeladen waren alle Cottbuser*innen und schräge Meinungen haben wir auch an diesem Vormittag reichlich angehört. Aber vielleicht ist ein Dialog ja auch zu leise, zu lösungsorientiert oder die samstägliche Bier- und Grillparty einfach wichtiger!?

Ich für meinen Teil bin jetzt sehr gespannt auf die Gespräche in den Stadtteilen und hoffe, dass viele Cottbuser*innen diese gute Chance nutzen.

Conny Meißner



benswert. Wäre ich allerdings meine eigene Wunschfee, dann hätte ich die Beiträge jeweils um die Hälfte gekürzt und bei diesem wichtigen Thema mit etwas mehr Emotionalität verzaubert.

Zwölf Uhr Mittags, Bürgerzeit! Was macht die Cottbuser*innen unzufrieden? Was treibt sie um? Hier war Emotionalität zu spüren, auch wenn es nicht immer leicht fiel, sich bei jedem geäußerten Problem gleichermaßen offen zu zeigen. Viele der Anwesenden hatten Cottbus im Herzen, äußerten ihre großen wie kleinen Sorgen. Von Alltagsrassismus war die Rede, aber auch von positiven Erfahrungen mit Flüchtlingen, Vorschläge zu echter Integration wurden gemacht. Eine Unternehmerin schildert die Gefährdung unserer Stadt als Wirtschaftsstandort durch die schlechte Stimmung, ein anderer beschreibt die Umverlage-

Tafel ohne Schule

Die liebe deutsche Sprache:

häufig ist das einfache Wort überhaupt nicht geeignet den Sinn zu benennen. Tafel – ist es das meist schwarze oder grüne Ding an der Wand im Klassenzimmer, ist es der reich gedeckte Tisch bei einem Dinner oder die Oberfläche eines Berges im Elbsandsteingebirge? Oder was ganz anderes? Heute wird

damit auch eine karitative Einrichtung bezeichnet. Ursprünglich

gedacht, Lebensmittel, die noch gut sind aber durch den Handel aussortiert werden, nicht verkommen zu lassen, sondern sie an bedürftige Menschen weiterzureichen. In Berlin entstand die erste „Tafel“ 1993. Heute gibt es bundesweit knapp ein-tausend.

In Cottbus Sachsendorf/Madlow ist das „Albert-Schweitzer-Familienwerk Brandenburg e.V.“ der Träger.



DIE TAFELN
Essen, wo es hingehört

In der gesamten Bundesrepublik nutzen rund 1,5 Millionen Menschen diese Einrichtungen.

In Cottbus sind es zurzeit rund fünftausend Frauen, Männer und Kinder, die von diesem sinnvollen Gedanken profitieren. Die Ausgabe erfolgt nach Bedürftigkeit. Das ist der einzige Maßstab.

Für DIE LINKE stellt sich natürlich dabei die Frage, wie es in so einem reichen Land wie der BRD sein kann, dass Menschen in solchen Größenordnungen auf diese Hilfe angewiesen sind.

Aber, es gibt sie und die Tafeln werden hauptsächlich von ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern organisiert. Denen Hochachtung und Dank!

Brita Richter

Fakten und Zahlen

Migranten erhalten keinerlei staatliche Leistungen, die im konkreten Fall nicht auch Deutschen zustehen.

Solche Gerüchte wie, dass Flüchtlinge kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmittel fahren oder in der Lagune nichts bezahlen müssten, sind Unsinn.

Cottbus hat etwa 100.350 Einwohner. Darunter sind rund 8.000 nicht deutscher Herkunft.

Etwa 2.000 sind Studierende an der BTU. Als Flüchtlinge sind in den vergangenen Jahren etwa 3.400 Frauen, Männer und Kinder nach Cottbus gekommen.

Die anderen Personen sind EU-Ausländer oder in Deutschland verheiratete.

(Stand Anfang 2018, nachzulesen unter: www.cottbus.de/fluechtlinge)

Kriegsopferfürsorge – heute?

In der heutigen Zeit, wo Meldungen von bewaffneten Konflikten weltweit Schlagzeilen machen und leider alltägliche Berichterstattung sind, geht ein Sachverhalt deutscher Versorgungspolitik medial unter, obwohl er hoch aktuell ist.

Seit 1964 gibt es eine Statistik zur Fürsorge für Kriegsopfer und deren Hinterbliebene. Fürsorge, ursprünglich gedacht, Menschen bei Leiden, Krankheiten und gesundheitlichen Folgeschäden, verursacht durch den II. Weltkrieg, finanziell, psychologisch und materiell zu unterstützen. Fast 73 Jahre nach Kriegsende dürften eigentlich nur wenige Anspruchsberechtigte noch am Leben sein und die Zahlungen demnach zurückgehen.

Das Gegenteil ist der Fall. Zwar sind seit 2010 die Kosten insgesamt z.B. in Brandenburg von 4,39 Mio Euro auf 2,87 Mio Euro gesunken, haben aber kaum noch etwas mit Nachkriegsopferbetreuung zu tun, wohl aber mit den seit 1991 stattfindenden Auslandseinsätzen. Seit diesem Zeitraum hat Deutschland umgerechnet 21 Milliarden Euro für unsere „Verteidigung“ am Hindukusch und anderen Kriegsschauplätzen ausgegeben oder besser gesagt „verpulvert“.

2012 wurden 874 Tsd. Euro in Brandenburg den Hinterbliebenen von Kriegsopfern gezahlt, 2016 waren es jedoch 981 Tsd. Das wird kaum daran liegen, dass sich plötzlich noch Hinterbliebene von Weltkriegsopfern

eingefunden haben.

Bis heute sind bei Kampfeinsätzen im Ausland 108 deutsche Soldaten und Soldatinnen gestorben, Tausende wurden verletzt oder tragen langwierige körperliche und psychische Schäden davon. Seit Beginn deutscher Teilnahme an Auslandseinsätzen im Jahre 1991 waren insgesamt 420.000 Soldaten und Soldatinnen daran direkt beteiligt.

Eine erschreckende Zahl. Es ist wohl an der Zeit, Sorge dafür zu tragen, dass in naher Zukunft die Kriegsopferfürsorge nicht mehr gebraucht wird.

Peter Kuchta

Cottbus bekommt neue Straßenbahnen

Am 25. April 2018 hat die Stadtverordnetenversammlung Cottbus eine Vorlage beschlossen, mit welcher die Neubeschaffung von Straßenbahnen eingeleitet wird. Der bestehende Fuhrpark ist stark überaltert und erfüllt die Voraussetzungen für einen barrierefreien ÖPNV nicht. Die Anschaffung soll gemeinsam mit den Städten Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel erfolgen.

Die ursprüngliche Initiative zu dieser

Maßnahme geht auf einen Antrag der LINKEN zurück. Auch die Frankfurter Linksfraktion ist diesen Schritt gegangen – ein klares Bekenntnis zum Schienen-ÖPNV in den Brandenburger Oberzentren. Mit den ersten neuen Bahnen kann Cottbus ab dem Jahr 2020 rechnen.

Christopher Neumann



Durchgesetzt: Die beitragsfreie Kita kommt!

DIE LINKE steht für das Recht auf gute Bildung von Anfang an. Uns liegen die frühkindliche Bildung und damit eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung besonders am Herzen. Brandenburg muss sich im Kita-Bereich nicht verstecken, kann aber noch besser werden.

Bildung als Grundrecht sollte von der Kita bis zur Hochschule kostenlos sein – dafür kämpfen wir.

Deshalb sollten Eltern keine oder möglichst nur geringe Beiträge zahlen. Ab Herbst 2018 wird nun das letzte Kita-Jahr kostenlos sein. Das

ist der Einstieg in die allgemeine Beitragsfreiheit.

Darüber hinaus bleibt die Verbesserung der Qualität von Bildung, Betreuung und Erziehung in den Kitas eine Aufgabe von Dauer.

DIE LINKE.

Landesparteitag

Im März hatte DIE LINKE Brandenburg einen Landesparteitag. Die Wahl zum neuen Vorstand war turnusgemäß fällig. Erstmals gibt es eine Doppelspitze. Zwei starke Frauen. Diana Golze, Sozialministerin und Anja Mayer, bisherige Geschäftsführerin des Landesverbandes.

Durch den Kreisverband Lausitz wurden unter anderem zwei wichtige Anträge eingebracht. Mit der erreichten Zustimmung hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag Arbeitsaufträge erhalten. Zum einen geht es um die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen für Landesangestellte. Mal abgesehen da-

von, dass es zunehmend an Fachkräften fehlt, ist es für eine Regierung aus SPD und LINKE kein Ruhmesblatt, wenn Berufsanfänger in sozialer Unsicherheit gehalten werden. Sie wollen vielleicht eine Familie gründen und wissen nicht, ob die Anstellung sicher ist.

Für viele Cottbuserinnen und Cottbuser ist der zweite Antrag von nachhaltigem Interesse. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, in kommenden Haushaltsplanungen für die Neubeschaffung von Straßenbahnen und O-Bussen Gelder bereitzustellen. Die Fahrzeugparks der Brandenburger Verkehrsunternehmen – mit Ausnah-

me von Potsdam – sind stark überaltert. Über dreißig Jahre rollen die treuen Tattras durchschnittlich auf ihren Gleisen. Spätestens in fünf Jahren wird es wohl keine Betriebsgenehmigungen mehr geben. Der Zahn der Zeit nagt an der Technik

Die Anforderungen der Barrierefreiheit können so auch nicht erreicht werden. Gemessen am Standard der anderen ostdeutschen Bundesländer soll sich das Land mit 50% der Kosten beteiligen. Der Kreisverband Lausitz bleibt dran.

Madeleine Tausch

Ostermärsche 2018

Die diesjährigen Ostermärsche standen bundesweit unter zwei höchst wichtigen Forderungen, formuliert in den Appellen der Friedensbewegung an die neugewählte Bundesregierung, an die Politiker aller Parteien, sich für diese Forderungen einzusetzen:

„Abrüsten statt aufrüsten“ und „Unterzeichnen Sie das UN-Atomwaffenverbot, US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen“.

Hintergrund sind zum einen die geplante Steigerung der Rüstungsausgaben auf

2% des Bruttoinlandproduktes, d.h. ca. weitere 30 Mrd. Euro.

Zum anderen beschloss die UNO im März 2017 auf Initiative von 137 Staaten und Nichtregierungsorganisationen einen generellen Atomwaf-



ca. 300 Menschen beteiligten sich am Cottbuser Ostermarsch – darunter prominente Unterstützer wie Ralf Franke, Gewerkschaftssekretär von ver.Di (mitte)

fenverbotsvertrag. Bisher wurde er von 122 Staaten ratifiziert. Deutschland beteiligte sich weder an seiner Erarbeitung noch ist absehbar, dass die Bundesregierung an seiner Umsetzung interessiert ist.

Beide Unterschriftensammlungen können online unter www.abruesten.jetzt (bis September 2018) und www.atomwaffenfrei.de (bis 8. Mai 2018) unterstützt werden.

Sonja Newiak

„Links.Blick“-Abo

Verpassen Sie keine Ausgabe unserer Zeitung. Mit dem Abo bekommen Sie den „Links.Blick“ immer nach Hause geschickt. Hierfür bitten wir um eine Spende von 24,00 Euro im Jahr. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

Ihre Meinung ist gefragt!

Gern können Sie sich mit Hinweisen und Leserbriefen an uns wenden. Interessante Lesermeinungen veröffentlichen wir auch in unserer nächsten Ausgabe. Senden Sie einfach eine E-Mail an: linksblick@dielinke-lausitz.de

Was ist denn da los?

Oster-Montag. Am Nachmittag. Wetter einigermaßen. Sprechchöre und Lautsprechermusik in der Sprem. Was ist denn da los? So manche Passantin, so mancher Spaziergänger wird sich das gefragt haben. Ostermarsch – liebe Mitmenschen, ja, so was gibt es seit drei Jahren auch in Cottbus.

Ungefähr 300 Frauen, Männer und Kinder haben sich auf den Weg gemacht. Sie protestieren gegen die Stationierung von US-amerikanischen Atombomben in Bücheln/Rheinland-Pfalz. Die Große Koalition wollte sie schon im vorletzten Regierungsvertrag nach USA zurückschicken. Wurde vergessen, wie auch manches soziale Vorhaben.

Die friedliche Lösung von Konflikten wird gefordert. Krieg als Mittel der Politik wird abgelehnt. Die aktuelle russische Haltung zu Machtfragen findet in Deutschland sicher wenig

Verteidiger; ein Anheizen der Situation durch immer mehr westliche Boykotte und Nato-Stationierungen ist aber auch nicht auf gegenseitigen Respekt aus. Schon der „olle Bismarck“ warnte davor, gegen Russland Politik zu machen. Ihm war klar, dass Sicherheit nur miteinander geht. Auch die aktuellen Kriege sind Thema auf der Demo. Redner machen auf den Wahnsinn aufmerksam, dass mit deutschen Waffen Kriege geführt werden, Länder zerstört und Menschen zu Flucht gezwungen werden. Sie suchen auch bei uns Schutz. Eigentlich paradox.

Schön wäre es, wenn im nächsten Jahr der Oberbürgermeister wenigstens ein Grußwort schicken und noch mehr Cottbuserinnen und Cottbuser ihre Sorge um den Frieden zeigen würden. Gründe wird es wohl noch geben – leider.

Eberhard Richter

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Ortsvorstand Cottbus
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter
Redaktion: Christopher Neumann
Layout/Satz: André Kaun

E-Mail: info@dielinke-lausitz.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de